



Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

1. Dezember 2009

Nr. 2009-760 R-630-17 Interpellation Gusti Planzer, Bürglen, zum Deponienotstand im Kanton Uri; Antwort des Regierungsrats

I. Ausgangslage

Am 2. September 2009 reichte Gusti Planzer, Bürglen, eine Interpellation zum Deponienotstand im Kanton Uri ein. Darin stellt er dem Regierungsrat sechs Fragen. Er verlangt Auskunft über den Stand der Deponieplanung im Kanton Uri und der aktuellen Situation der Unternehmen mit dem offensichtlichen Mangel an Deponieraum. Abschliessend erwartet er vom Regierungsrat Sofortmassnahmen zur Realisierung und Sicherung von neuen Deponiestandorten und gemeinsame Lösungen mit den betroffenen Parteien.

II. Zu den Fragen

1. *Wie sieht der aktuelle Stand der Deponieplanung aus? Gibt es seit der Fertigstellung des Berichts zur Deponieplanung 2009 neue Deponiestandorte, die realisiert respektive gesichert werden konnten?*

Am 3. März 2009 genehmigte der Regierungsrat die aktualisierte Deponieplanung. Nach der Vernehmlassung zur Deponieplanung und teilweise nach der regierungsrätlichen Genehmigung wurden weitere Deponiegesuche und Gesuche für Steingewinnungsprojekte eingereicht. Diese Standorte konnten wegen grundsätzlichen Abklärungen zur Machbarkeit bisher noch nicht realisiert respektive gesichert werden.

2. *Ist dem Regierungsrat bekannt, dass aktuell zahlreiche Unternehmen aufgrund des fehlenden Deponieraums gezwungen sind, unverschmutzte Aushubmaterialien ausserhalb des Kantons zu deponieren?*

Dem Regierungsrat ist bekannt, dass gewisse Mengen an unverschmutztem Aushub ausserhalb des Kantons deponiert werden, da es innerkantonal zunehmend an Deponieraum fehlt.

2.1 Noch in diesem Jahr fallen bei der NEAT-Baustelle, bei der Sanierung der Autobahn A2, beim Bahnhof Altdorf sowie weiterer privater Projekte rund 170'000 m³ unverschmutzte Aushubmengen an. Wo kann dieser Aushub im Kanton Uri deponiert werden?

Die Aushubmengen der erwähnten Grossprojekte sollen gemäss Projektauflage weitgehend wiederverwertet oder einer Verwertung ausserhalb des Kantons zugeführt werden. Es ist nicht möglich und auch nicht erwünscht, dass solch grosse Aushubmengen im Kanton Uri deponiert werden.

3. Aufgrund ökologischer Überlegungen sind lange und vermeidbare Transportfahrten mit Aushubmaterialien sehr unvorteilhaft. Sieht oder plant der Regierungsrat Sofortmassnahmen oder dergleichen, um diese unbefriedigende Situation zu ändern?

Der Regierungsrat plant keine Sofortmassnahmen. Er wird aber nächstens einen Strategieentscheid im Bereich der Deponien und Steinabbauvorhaben im Kanton Uri fällen. Er hat eine regierungsrätliche Delegation bestimmt, die die notwendigen Schritte unternehmen wird, um die erforderliche Akzeptanz für die konkrete Lösung dieses Problems zu erreichen.

4. Auch aufgrund finanzieller Überlegungen (Unternehmerrisiko vor respektive bei Offertstellung, Länge der Transportstrecke bis zur nächstmöglichen Deponie) sollte schnellstmöglich die Situation entschärft werden. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass aufgrund des Deponienotstandes zahlreiche Urner Unternehmer ein enormes Unternehmerrisiko sowie weitere Wettbewerbsnachteile auf sich nehmen müssen?

Es liegt in der Verantwortung der Unternehmer, bei Angeboten ihr Unternehmerrisiko auf ein vernünftiges Mass zu begrenzen. Der Regierungsrat seinerseits hat Abklärungen in Auftrag gegeben, die aufzeigen sollen, wie der Wettbewerb im Deponiebereich und insbesondere auch die freie Zugänglichkeit aller Unternehmer zu gleichen Konditionen auf Deponien im Kanton sichergestellt werden können.

4.1 Sieht der Regierungsrat hierzu Sofortmassnahmen oder sonstige Besserung?

Die erforderlichen Abklärungen werden derzeit vorgenommen. Sofortmassnahmen sind keine vorgesehen, aber auch nicht möglich. Für die Bereitstellung von Deponieraum gel-

ten verfahrensrechtliche Vorgaben, die unter anderem auch die demokratische Mitwirkung der stimmbeteiligten Standortgemeinde erfordern (Umzonung).

5. *Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, damit die Realisierung respektive Sicherung von zusätzlichen Deponiestandorten so schnell wie möglich vorangetrieben werden kann?*

Wie bereits erwähnt, wird der Regierungsrat nächstens einen Strategieentscheid in dieser Sache fällen. Derzeit laufen noch Abklärungen, um die Grundlagen für diesen Entscheid vorzubereiten. Der Regierungsrat wird dann alle erforderlichen Schritte unternehmen, um die Realisierung der zusätzlich benötigten Deponiestandorte zu ermöglichen.

6. *Ist der Regierungsrat bereit, zur Entschärfung und Beruhigung der unbefriedigenden Situation sich mit den betroffenen Parteien zu treffen, damit gemeinsam Lösungen vorangetrieben werden können?*

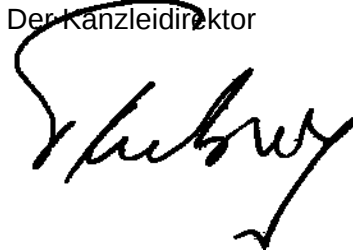
Eine regierungsrätliche Delegation hat sich bereits mit verschiedenen Parteien in dieser Angelegenheit getroffen, um gemeinsame Lösungen zu finden und die notwendige Akzeptanz für solche Lösungen zu verbessern.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (mit Interpellationstext); Mitglieder des Regierungsrats; Rathauspresse; Standeskanzlei; Amt für Umweltschutz; Direktionssekretariat Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion und Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats

Standeskanzlei Uri

Der Kanzleidirektor

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Schubert', is written over the printed name 'Der Kanzleidirektor'.